

**Österreichische Gewerkschaften des Energiesektors unterstützen Aktion in Brüssel
am 1. Dezember
Für Arbeitsplätze, öffentliche Dienstleistungen und ein
soziales Europa**

Wien (GPA/GdG/GMT/ÖGB) - Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) und die Gewerkschaft Metall-Textil (GMT) unterstützen eine Aktion des Europäischen Gewerkschaftsverbandes des Öffentlichen Dienstes (EGÖD), die anlässlich eines Treffens der europäischen Energieminister morgen, den 1. Dezember 2005, in Brüssel stattfindet. Erwartet werden etwa 1.500 TeilnehmerInnen.

Auf der Tagesordnung des Rates der Energieminister steht der Bericht der EU-Kommission über den Binnenmarkt für Energie und Gas.

Unter dem Motto "Die Lichter müssen leuchten! Stoppt den Deregulierungswahnsinn!" werden die Gewerkschaften auf die Defizite des Binnenmarktes hinweisen. Sie werden darauf hinweisen, dass durch diesen Binnenmarkt keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern im Gegenteil in den letzten zehn Jahren 300.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Sie weisen auf fehlende Investitionen in Netze und Energieerzeugung sowie insbesondere in Reparatur, Wartung sowie in die Schulung der MitarbeiterInnen hin.

Zudem bringe der Binnenmarkt für PrivatanwenderInnen nicht die versprochenen Vorteile, aber auch nicht für große Industriekunden.

Die Europäischen ArbeitnehmerInnen des Energiesektors fordern einen Stopp der EU-Politik, die nur den Binnenmarkt und die Interessen von Großunternehmen fördert und fordern insbesondere:

- Arbeitsplätze schaffen, nicht vernichten! Investitionen in MitarbeiterInnen und Ausbildung, Forschung und Entwicklung.
- eine europäische Energiepolitik, für die Versorgungssicherheit, nachhaltige Entwicklung, Qualität und Beschäftigung Vorrang haben.
- öffentliche Dienste nicht nach dem Prinzip des Ursprungslandes, die geplante Richtlinie würde massive negative Konsequenzen auf Qualität der Dienste und die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in Europa haben.

Da Österreich im ersten Halbjahr 2006 die Ratspräsidentschaft innehat, sind die zuständigen PolitikerInnen der Bundesregierung dazu aufgerufen, diese Forderungen zur Umsetzung zu bringen.

ÖGB, 30. November 2005
Nr.677

Rückfragehinweis:

GPA

Mag. Martin Panholzer

Telefon: 05 0301-21511

Mobil: 05 0301-61511

E-Mail: martin.panholzer@gpa.at

<http://www.gpa.at>

GdG

Ronald Pötzl

Telefon: (01) 313 16-83 615

Mobil: 0664/614 53 17

E-Mail: ronald.poetzl@gdg.oegb.or.at

<http://www.gdg.at>

GMT

Nani Kauer
Telefon: (01) 50146-242
Mobil:0664/6145915
E-mail: nani.kauer@metaller.at
<http://www.metaller.at>